



Ramin Peymani

# *Endstation Klodeckel*

Sind wir wirklich noch zu retten?

*„Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muss man vor allem ein Schaf sein.“*

*Albert Einstein (1879-1955)*

# **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort von Frank Schäffler

Berliner Versorgung: Pofalla tauscht Merkel gegen  
Märklin

Backpfeife statt Beifall: Schwesigs missglückter Ego-Trip

Das elfte Gebot: Du sollst Dich reproduzieren!

Der Schandfleck: Deutschlands Chef-Genetiker spricht  
Klartext

Entschärfte Passivhäuser: Zensur als durchsichtige  
Klientelpolitik

Mutlose Richter: Karlsruhe beugt sich den Anti-  
Europäern

„Basti´s Buben“: Die Große Vertuschungskoalition

Diät geht anders: Selbstbedienung am üppigen  
Steuerbuffet

Die neue EU-Freizügigkeit: Das Parteienkartell ist  
gebrochen

Bakschisch am Bosporus: Erdoğans Kampf mit dem  
Internet

Rote Karte für grüne Arier: Kein Redeverbot für  
Andersdenkende

Grüner Flaschengeist: Umweltschutz als neuer  
Totalitarismus

Un-app-etitlicher Aufruf: Die Mobilmachung der Fahrrad-  
Sheriffs

„Lasst die Wähler in Ruhe“: Gerichtshof stoppt Gender-Wahn

Das „Oma-Blatt“: Ein fingiertes Comeback mit bestelltem Jubel

Pinkeln in Portland: Wenn die falschen Kanäle geflutet werden

Unabhängiger Journalismus: Frau Kömpel ist „erschrocken“

Tagegeld-König Schulz: Reich durch Brüssels Perpetuum Mobile

Säuberung statt Sauberkeit: P&G am Nazi-Pranger

„Aus den Augen verloren“: Steuersünder reiten über den Hof

Für Mutti & Methusalem: GroKo kündigt Generationenvertrag

Doppelt hält besser: Die journalistische Gier nach mehr Einfluss

Ferner liefen: Die Bedeutungslosigkeit der schmollenden Genderin

Sportliche Fairness: Die Angst der FIFA vor unbekanntem Terrain

Der Leipziger Aufschrei: Darf ein Schwarzer „Neger“ sagen?

Die ramponierte Marke: Wenn der Name zur Last wird

Linksgrüner Wahn: Die WM der Nationalisten und Rassisten

Auf den Spuren des ADAC: Der zwangsfinanzierte ZDF-Betrug

„Gauchogate“: Warum die Linken niemals die Welt retten werden

Bekenntnisprobleme: Wie steht die Linkspartei zum Islamismus?

- Gericht stoppt Hetzjagd: Öl rettet Ugandas Homosexuelle
- Skurriler Stegner: Islamistenverfolgung schadet Doppelpass
- Durch die grüne Brille: Palmer und die Schönheit der Windräder
- Korrekte Killer: Der Studentenmord von Stuttgart
- Bitte links aussteigen: Manchem ist liberal nicht sozialistisch genug
- Die „Shariah Police“: Westfalens Parallelgesellschaft auf Streife
- Grüner Super-GAU: Ein Dirndl mit atomarer Sprengkraft
- Vernunft vs. Ideologie: Kretschmann spaltet die Grünen
- Ein Update mit Folgen: Wenn sich die Kundschaft veräppelt fühlt
- Rassismus mit Rassekatze: Ein Comic im Visier der Tugendpolizei
- Die diskriminierte Staatsmacht: Verdacht auf kritische Nachfrage
- „Heiliger Krieg“ in der Lok: Die GdL hat keiner mehr lieb
- Nuhr keine Panik: Vertrauen wir auf den wehrhaften Rechtsstaat
- Die Ampelquote: Geschlechterkampf am Fußgängerüberweg
- Brüssels Planwirtschaft: Oettinger schützt Konzerne vor Kunden
- Linker Haken: Die SPD disqualifiziert sich mit einem Tiefschlag
- Poppen fürs Wahlrecht: Schwesigs Geburtenförderprogramm

Die Wende-Wende: Thüringen bekommt ein Stück DDR zurück

Angela Merkels Basta-Ruf: Wenn die Solidarität zuschlägt

Steinmeier wundert sich: Kein Erfolg mit der Nazi-Keule  
Elektro-Soli statt Innovation: Und wieder soll der Steuerzahler ran

Weils Weihnachtswunsch: Mehr Rechte für Muslime  
Zwischenruf von Alexander Horn: Werturteile statt Multikulti!

## ***Vorwort von Frank Schäffler***

**A**ls kürzlich die Regierungskoalition aus Union und SPD einen Antrag im Bundestag einbrachte, war es wieder einmal so weit. Darin forderten die Parteien Ludwig Erhards und Karl Schillers nicht mehr und nicht weniger, als Supermärkte künftig zu verpflichten, mindestens eine quengelfreie Kasse einzurichten. Kinder sollen künftig an der Supermarktkasse ihre Eltern nicht mehr mit Betteltiraden nach Kinderriegeln und Schokolade nerven dürfen. Passend zur Fressmeile auf der „Grünen Woche“ soll dies Dickleibigkeit, Diabetes und vielleicht auch Diarröhö verhindern. Das Gutmenschenentum treibt munter seine Blüten im Parlament.

Nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern sollen an die Hand genommen und selbst wie Minderjährige behandelt werden. Der Nanny-Staat ist das Modell dieser Gutmenschen. Aus Kindern sollen perfekte Menschen gemacht werden, deren Merkmale vom Kollektiv definiert werden. Das ist ein später, aber dennoch überzeugender Erfolg von Wladimir Iljitsch Lenin selbst in bürgerliche Kreise hinein. „Ich bin nichts, die Gesellschaft ist alles“, war sein Credo.

Diesen paternalistischen und freiheitsfeindlichen Staat prangert Ramin Peymani seit Jahren in seiner lesenswerten „Klodeckel“-Kolumne ungeschminkt an. Das ist in Zeiten geistiger Monokulturen unendlich wichtig, um wieder viele Freiheitskeime sprießen zu lassen. Wenn diese Freiheitskeime gedüngt, gehegt und regelmäßig gegossen

werden, dann werden sie irgendwann auch wieder die Früchte einer offenen und freien Gesellschaft tragen.

*(Frank Schäffler ist Autor des Buches „Nicht mit unserem Geld“, FinanzBuch Verlag, München, September 2014)*

# **Berliner Versorgung: Pofalla tauscht Merkel gegen Märklin**

Manchmal ist das Leben verrückter als jede Satire. So wie am letzten Donnerstagnachmittag. Da überraschten die Online-Redaktionen mit der Nachricht, Ronald Pofalla sei künftig Politik-Lobbyist bei der Bahn - in einem eigens für ihn geschaffenen Vorstandressort mit üppiger Dotierung. Man fragt sich, wieso ein Staatskonzern, dessen Aufsichtsrat durch und durch mit Politikern besetzt ist, noch (Steuer-)Geld für einen politischen Türöffner im Vorstand ausgeben muss. Die Politik hat entschieden, doch natürlich erhofft sich der Konzern einen Wettbewerbsvorteil, indem er einen aktiven Politiker rekrutiert, um Einfluss auf staatliche Entscheidungen zu gewinnen. Scham oder Fristen kennen weder Unternehmen, noch Abgeworbene. Immer häufiger erleben wir, wie Politiker oberer Hierarchieebenen aus ihren Funktionen heraus gekauft werden. Und nicht selten bekommen sie dies nicht nur von ihrem neuen Arbeitgeber vergoldet. Der öffentliche Aufschrei hielt sich im Rahmen, weil Pofalla ja kein FDP-Politiker ist.

Doch der Fall bekam noch eine ungeahnte Dynamik: Das Online-Satiremagazin „Der Postillon“ hatte mit geschickter Rückdatierung den Eindruck erweckt, es sei Urheber der Meldung, an deren Wahrheitsgehalt man nur zu gerne gezweifelt hätte. Und die Mehrheit der Internetgemeinde war sich sicher, dass alle Zeitungsredaktionen auf die vermeintliche Spaßmeldung hereingefallen seien. Dass dies keineswegs abwegig erschien, hat seinen Grund in der

Vergangenheit des Magazins, dem es mehrfach gelungen war, Berufsjournalisten mit seinen glaubwürdigen Satire-Beiträgen aufs Glatteis zu führen. Die Verwirrung war so groß, dass selbst Insider des Berliner Politik-Betriebes wie Grünen-Fraktionschefin Göring-Eckhardt am Donnerstagabend offenbar nicht mehr wussten, was real ist und was nicht. Es spricht für sich, dass man Zeitungsredaktionen nicht mehr vertraut. Das Ansehen von Journalisten befindet sich auf einem Tiefpunkt – nicht nur bei der ohnehin kritischen Blogger-Szene. Auch der unvoreingenommene Nachrichtenkonsument entdeckt immer häufiger journalistische Mängel, die vor allem einer schlampigen Recherche und dem unkontrollierten Drang entspringen, statt Nachrichten das eigene Weltbild zu vermitteln.

So ist der Glaubwürdigkeitsverlust also selbstverschuldet. Schnelligkeit vor Gründlichkeit und Quote vor Qualität – diesem Credo scheinen sich viele professionelle Medienberichterstatter im Internetzeitalter verschrieben zu haben. Doch die Kritik muss viel weiter gehen: Die Medien müssen ihre Rolle neu definieren. Sie richten ihre Scheinwerfer derart grell auf die Politik, dass diese Selbstdarsteller und Systemprofiteure wie Motten anzieht. Doch Politik ist vor allem Dienst an der Gesellschaft. Der politische Betrieb muss uninteressant für jene werden, die ihn nur als Durchlauferhitzer für eigene Karriereambitionen benutzen. Dazu gehört, dass wir die Showbühnen der Inszenierung und Profilierung abbauen – und Ämter auf Zeit eher kürzer als länger vergeben. Die Schweiz könnte hier Vorbild sein: Dort gibt es keine Berufspolitiker, die Abgeordneten gehen in aller Regel einem außerparlamentarischen Beruf nach und das Parlament kommt nur vier Mal im Jahr zusammen. Der geringere mediale Fokus auf Personen und der schlanke Staatsapparat lassen wenig Raum für die Befriedigung von Eitelkeiten und

die Bereicherung am System. Wäre das nicht mal einen Versuch wert?

*(Klodeckel des Tages vom 5. Januar 2014)*

# ***Backpfeife statt Beifall: Schwesigs missglückter Ego-Trip***

Was für eine Woche! Jedes Mal, wenn ein Thema feststand, konnte ich am nächsten Tag von vorne anfangen. Erst die Grünen, die sich plötzlich als Freiheitspartei verkaufen wollen. Das wäre so, als behauptete der Schlachter, er sei Tierarzt. Dann die Meldung, dass Deutschland durch die Abkehr von der Atomkraft und die religiöse Hinwendung zu den sogenannten erneuerbaren Energien wieder zur Dreckschleuder Europas geworden ist: 2013 wurde so viel Braunkohle verheizt, wie zuletzt im Jahr der Wiedervereinigung. Willkommen zurück in der DDR, in die uns die Bundeskanzlerin auch in vielen anderen Bereichen schon längst wieder geführt hat. Und schließlich die Kfz-Zulassungsstelle in Wolfratshausen, die Heinrich Hasch in vorauselendem Gehorsam die Initialen HH im Wunschkennzeichen verweigerte, weil diese auch für „Heil Hitler“ stehen könnten. Immerhin darf er seinen Namen behalten, obwohl er damit rund um die Uhr Werbung für Drogen macht. Am Ende habe ich mich für Manuela Schwesig entschieden. Sie feiert heute ein kleines Jubiläum, denn sie erhält den „Klodeckel des Tages“ bereits zum dritten Mal.

Die Ohrfeige der Kanzlerin war schallend. Nur kurz durfte Schwesig ihr karrierebewusstes Ego streicheln. Dann kam das „Basta“ aus dem Kanzleramt. Die Familienministerin wollte sich mit dem Vorschlag profilieren, Eltern einen

Arbeitsrabatt zu gewähren. Diese sollten künftig nur noch 80% der arbeitsvertraglich vereinbarten Stunden im Monat arbeiten müssen, aber weiterhin ihr volles Gehalt beziehen. Der Steuerzahler hätte das restliche Fünftel zuschustern müssen. Drei Jahre lang sollten Erziehende so die Möglichkeit bekommen, sich besonders intensiv ihrem Nachwuchs zu widmen. Die fehlende Zeit für Kinder sei nämlich einer der Hauptgründe für die erlahmte Lust der Deutschen. Liebe Frau Schwesig, Sie haben doch angeblich das Ohr so nah an den Menschen. Die Zeugungsunwilligkeit kommt vor allem daher, dass Sie und Ihre Berufskollegen uns immer mehr vom Verdienst abnehmen. Sie freuen sich über die kalte Progression, die uns auch ohne Steuererhöhung das Geld aus der Tasche zieht, verteuern die Energie immer weiter und tragen die von der EZB betriebene Enteignung der Sparer mit. Zeitmangel ist nicht das Problem.

Bei niemandem kam der Vorstoß wirklich gut an. Zu durchsichtig war das Unterfangen. Und so verpuffte die PR-Aktion der früheren mecklenburgischen Ministerin schnell. Es bleibt aber der Verdacht, dass von ihr in den kommenden vier Jahren wenig Produktives zu erwarten ist. Das gilt auch für die neue Bundesregierung insgesamt. Die ersten Wochen der Großen Koalition haben uns bereits einen Vorgeschmack gegeben: Gegenseitige Blockade und Stillstand, weil beide Seiten viel zu weit auseinanderliegen – trotz der Sozialdemokratin Merkel an der Unionsspitze. Und was die Familienpolitik angeht, so gibt Deutschland hierfür bereits mehr Geld aus als alle anderen Industrieländer. Allerdings mit mäßigem Erfolg. Rund 200 Milliarden Euro lassen wir Deutschen uns dies im Jahr kosten. Mehr als 150 verschiedene Maßnahmen gibt es. Wer blickt da noch durch? Wie will man dabei den Erfolg messen? Und warum vergeuden wir 85% der Summe in direkten Zahlungen, bei denen das wenigste Geld den Kindern zugutekommt, für die

es eigentlich gedacht wäre? Das sind Ihre Themen, Frau Schwesig, also weg von den Kameras und ran an den Schreibtisch!

*(Klodeckel des Tages vom 12. Januar 2014)*

## ***Das elfte Gebot: Du sollst Dich reproduzieren!***

Kinderlose sind leichte Opfer. Wie Autofahrer oder Gutverdiener eignen sie sich bestens als potentielle Zwangssponsoren für den Staat. Oder auch als Feindbild. Sie gehören zu jenen Bevölkerungsgruppen, denen man die Verantwortung für die Ungerechtigkeiten des Lebens zuschieben kann, ohne allzu großen Widerspruch befürchten zu müssen. Am Freitag war es wieder einmal so weit. Dabei war das, was die Bertelsmann-Stiftung der Öffentlichkeit in ihrer Rentenstudie präsentierte, durchaus zutreffend: Familien mit Kindern legen trotz einer atemberaubenden Vielzahl an Fördermaßnahmen drauf. Wie für alle Beitragszahler gilt auch für sie, dass in unserem Rentensystem niemand mehr erwarten kann, seine jahrzehntelangen Einzahlungen auch nur annähernd wieder herauszubekommen. So wird ein heute 13-jähriger Durchschnitts-Teenie nach Berechnungen der „Bertelsmänner“ im Laufe seines Lebens selbst unter Einbeziehung der Leistungen, die er als späterer Elternteil für seine Kinder erhält, gut 50.000 Euro mehr an Sozialabgaben und Steuern gezahlt haben als er an staatlichen Zuschüssen für Betreuung und Bildung erhalten hat. Im Vergleich zu Kinderlosen, die keine künftigen Beitragszahler produzieren, sei dies ungerecht.

Es gibt einiges zu kritisieren an der Studie der Stiftung. So kann man bereits darüber streiten, ob die Grundannahmen eines Modells, das eine Prognose bis zum Ende des

Jahrhunderts wagt, mehr sein können als Spekulation. Doch vor allem hinken die Berechnungen mit Blick auf die Rentenerwartung von Kinderlosen. Wegen des höheren Akademisierungsgrades und der Konzentration auf das berufliche Fortkommen erzielen Paare ohne Kinder in der Regel zwar höhere Einkommen, angesichts einer geplünderten Rentenkasse sollte jedoch niemand mehr davon ausgehen, dass sich das Mehr an Einkommen künftig noch in einer substantiell höheren Rente niederschlagen wird. Insofern fällt stärker als berücksichtigt ins Gewicht, dass Kinderlose nicht nur Kitas, Schulen und fast 160 familienfördernde Maßnahmen mitfinanzieren, sondern im Verlauf ihres Berufslebens auch deutlich höhere Sozialabgaben und Steuern entrichten müssen. Einen Missstand beschreibt die Studie allerdings treffend: Der Staat verplempert viel Geld in sinnlosen Aktivitäten an der falschen Stelle.

Der „Klodeckel des Tages“ geht daher auch nicht an Bertelsmann, sondern an die FAZ-Redaktion, die die westfälische Steilvorlage umgehend aufgriff, um ihre Verachtung gegenüber Lebensentwürfen zum Ausdruck zu bringen, in denen eigene Kinder nicht vorgesehen sind. „Kinderlose belasten die Rentenkasse“, schallte es Millionen von Zeugungsverweigerern entgegen. Dabei bezichtigen die Hüter von Ehe und Familie nicht nur Kinderlose des Schmarotzertums, sondern verzerren auch die Kernaussage der Studie, die die Mehrbelastung für Familien im System und nicht in den Kinderlosen an sich begründet sieht. Die richtige Schlussfolgerung kann nur sein, dass wir endlich den Mut haben müssen, uns von einem Rentensystem zu verabschieden, das aus dem 19. Jahrhundert stammt. Länder wie Schweden oder Australien zeigen uns, wie man sich unabhängiger von der Reproduktion neuer Beitragszahler macht. Der Diskriminierung einer persönlichen Lebensentscheidung wäre der Boden entzogen